

Calmer Tagblatt

Nr. 239 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Reklamen 200 Mt. x Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Freitag, den 12. Oktober 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3600000 Mt., wöchentl. Postbezugspreis 3600000 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 6000000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag beriet gestern über das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Vollmacht zu außerordentlichen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen geben soll. Da zu der Gültigkeit des Gesetzes eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist, so wurde die Abstimmung auf morgen verlegt, weil nicht alle Mitglieder der Koalitionsparteien anwesend waren. Auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie wie auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei sind Gegner des derzeitigen Kabinetts Stresemann, weshalb zu befürchten ist, daß die notwendige Zweidrittel-Mehrheit trotz allem nicht zustande kommt. Für diesen Fall hat sich der Reichskanzler vom Reichspräsidenten die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags eingeholt.

Von amtlicher deutscher Seite wird jetzt die Antwort Poincarés auf das Ersuchen der deutschen Regierung um Aufnahme von Verhandlungen über das Ruhrgebiet bekannt gegeben. Frankreich lehnt also Verhandlungen mit der deutschen Regierung ab, und will nur mit der deutschen Wirtschaft und den lokalen deutschen Behörden verhandeln. Außerdem will es abwarten, ob der Widerstand im Ruhrgebiet tatsächlich verschwunden sei, was nach Ansicht Poincarés in 14 Tagen bis 4 Wochen der Fall sein könne. Der Zynismus Poincaré's spricht natürlich aus jedem Wort dieser Erklärung. Das Ziel dieser Haltung ist klar: Verschleppung des Verhandlungsbegins und Abschneidung des Ruhrgebiets von der politischen Leitung Deutschlands. Wir hoffen, daß die bevorstehende Stellungnahme der deutschen Regierung zu dieser unerhörten Unverschämtheit Poincarés entsprechend ausfällt.

Die innere Krisis.

Besprechungen zwischen den Staatsleitern Deutschlands und Oesterreichs!!

Berlin, 11. Okt. Der Reichskanzler Dr. Stresemann wird sich mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei am Sonnabend nach Bregenz begeben und dort am Sonntag mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zusammentreffen. Der Bundeskanzler wird voraussichtlich vom Vizekanzler Frank und dem österreichischen Gesandten in Berlin, Kiehl, begleitet sein. Die Zusammenkunft, die eine Erwidderung eines früheren Besuchs des Bundeskanzlers Seipel in der deutschen Reichshauptstadt darstellt und an der auch der deutsche Gesandte in Wien teilnehmen wird, hat den Zweck, mit den leitenden Staatsmännern des benachbarten und stammverwandten Landes in einen Gedankenaustausch über die politische Gesamtlage einzutreten und gleichzeitig über die Erfahrungen zu sprechen, die man bei der raschen und glücklichen Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich gemacht hat.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Berlin, 11. Okt. Im Reichstag stellte heute bei der dritten Beratung des Ermächtigungsgesetzes der Abg. Ledebour (U. S.) den Antrag, die Verhandlungen auszusetzen, bis der Reichskanzler zu den Beschuldigungen des Abg. Froelich (gegen die Ruhrindustriellen) sich geäußert habe. Der Antrag wurde wegen mangelnder Unterstützung abgelehnt. Im Laufe der Debatte darüber erklärte Präsident Löbe, der Reichskanzler werde in wenigen Minuten erscheinen. Er sei jetzt zum Reichspräsidenten gegangen, weil Mitteilungen über die Vertretungsstärke und die Stimmung der Parteien ihn dazu veranlaßt hätten. Im Verlaufe der Sitzung erschien der Reichskanzler und nahm seinen Platz am Regierungstisch ein. Auf eine anspielende Bemerkung des Abg. Ledebour, ob der Reichskanzler schon wieder sein Mandat zur Verfügung stellen wolle, verneinte dieser lächelnd. Nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten betraf der Reichskanzler die Führer der Regierungsparteien zu sich und eröffnete ihnen, daß der Reichspräsident ihm die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags gegeben habe, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finde. Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionsführung ab, in der der Minderheit noch einmal die Folgen einer Reichstagsauflösung klargelegt wurden. Die Deutschnationalen machen hingegen das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes von der Anwesenheit der Regierungsparteien ab-

hängig. Nach einer gegen rechts gerichteten Polemik des Abg. Ledebour erklärte Abg. Leicht (B. V. P.), seine Fraktion lehne das Ermächtigungsgesetz nach wie vor ab. Der Sozialdemokrat Breitscheid stimmte aus Gründen der Wahrung der Errungenschaften von 1918 dem Ermächtigungsgesetz zu. Unter Ablehnung der Abänderungsanträge der Deutsch-Nationalen und Kommunisten wird ein Antrag der Regierungsparteien auf Schluß der Debatte angenommen. § 1 des Ermächtigungsgesetzes wird mit 253:97 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, desgleichen § 2 in einfacher Abstimmung. Die Deutsch-Nationalen, Kommunisten und Unabhängigen verlassen geschlossen den Saal, worauf ein Antrag Marx (Z.) Annahme fand, die Schlußabstimmung am nächsten Samstag vorzunehmen, um die notwendige Zweidrittelmehrheit des Reichstags durch die Regierungsparteien zu sichern.

Um das Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 12. Okt. Die Führer der Koalitionsparteien traten gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die parlamentarische Krise herbeigeführte Lage eingehend zu erörtern. Von den Demokraten wurde eine Vermittlungsaktion eingeleitet, die das Abstimmungsergebnis am Sonnabend sichern soll. Zu diesem Zweck sind die Demokraten an die sozialdemokratische Fraktion mit dem Ersuchen herangetreten, den Fraktionszwang aufzuheben und ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. Auch von anderen bürgerlichen Koalitionsparteien wurde an die Sozialdemokraten der gleiche Wunsch gerichtet. Wie der „Vorwärts“ meldet, stellte die demokratische Reichstagsfraktion nach mehrstündiger Beratung fest, daß es bei dem bisherigen Fraktionsbrauch bleibe, wonach es den Mitgliedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen einen Fraktionsbeschluss zu stimmen. Wie die Fraktion weiterhin feststellte, geht ihr Wille dahin, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend mit den verfassungsmäßigen Mehrheiten angenommen wird.

Der Reichskanzler über die Möglichkeit der Auflösung des Reichstags.

Berlin, 12. Okt. Den Blättern zufolge empfing der Reichskanzler eine Reihe von Pressevertretern, denen er mitteilte, daß er sich nach Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags mit dem Reichspräsidenten erneut in Verbindung gesetzt habe. Auf seine Vorschläge habe der Reichspräsident wiederholt, daß der Reichstag ohne weiteres aufgelöst werden solle, wenn er am Sonnabend dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimme. Gehe das Gesetz durch, so werde dem Reichstag, wie der Reichskanzler erklärte, sofort das Arbeitszeitgesetz mit der strittigen Frage des Achtstundentags zur Erledigung vorgelegt werden. Falls das Ermächtigungsgesetz dagegen, so habe er, der Reichskanzler, freie Bahn für alles weitere, was die Stunde erfordere.

Steuer- und Währungsfragen.

Berlin, 12. Okt. Wie die Blätter zu der angekündigten Verordnung über Steuerauswertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren erfahren, soll nach den in der gestrigen Kabinettsitzung gefaßten Beschlüssen die Vermögensbesteuerungsveranlagung wegen übermäßiger Verwaltungskosten überhaupt fortfallen. Auch die Veranlagung zur Zwangsanleihe soll eingestellt werden. Alle Steuern sollen fortan mit Rückwirkung zum 1. September in aufgewerteter Form erhoben werden und alle früheren Steuergesetze als erledigt gelten, soweit nicht strafbare Handlungen vorliegen. Die Einführung der neuen Währung soll so beschleunigt werden, daß in kürzester Zeit bereits ein wertbeständiges Geld geschaffen wird. Endlich haben auch die Erörterungen über die Aufhebung der Kohlensteuer bereits begonnen, die aber nur dann möglich ist, wenn gleichzeitig durch Senkung des Kohlenpreises an sich eine die Neuankurbelung der Wirtschaft ermöglichende Verbilligung des Urprodukts eintritt.

Eine Verordnung über Steuerauswertung und Steuervereinfachung.

Berlin, 12. Okt. Das Reichsministerium hält es für seine Pflicht, ohne Zeitaufschub in steuerlicher Hinsicht zu tun, was ihm möglich und dringend geboten ist, nämlich die auf Papiermarkt lautenden Steuern in der Zahlung wertbeständig zu machen. Demgemäß erläßt der Reichspräsident eine Verordnung über Steuerauswertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren. Die Umstellung der Steuerleistungen auf Goldmark sichert den Staat gegen die Entwertung geschuldeter Steuerleistungen.

Arbeitslosenausweisungen.

Berlin, 11. Okt. Infolge der gewaltsamen Entfernung der Schutzpolizei aus Düsseldorf ist die Stadtverwaltung, vor allem die städtische Erwerbslosenfürsorge, Terrorakten

der Erwerbslosen, die Forderungen in unbegrenzter Höhe stellen, völlig preisgegeben. Infolgedessen veranlaßte der Regierungspräsident Dr. Grünher, wie der Amtliche preussische Pressedienst mitteilt, daß das gesamte Dezernat für die Erwerbslosenfürsorge nach Barmen verlegt wird.

Berlin, 11. Okt. Heute nachmittag zogen etwa 300 Arbeitslose nach einer Versammlung zur Markthalle in der Bremerstraße. Da der Zug infolge des Zustroms von Neugierigen den Verkehr behinderte, zerstreute die Polizei die mehrere tausend Köpfe starke Menge. Diese sammelte sich noch zweimal, wurde aber in beiden Fällen ohne Anwendung von Waffengewalt aufgelöst. Später sich bildende kleinere Trupps zerstreuten sich allmählich von selbst. Die Stimmung unter der Menge war infolge der hohen Lebensmittelpreise sehr erregt.

Köln, 11. Okt. Heute nachmittag kam es im Innern der Stadt zu größeren Menschenansammlungen, wobei einige Fahrzeuge mit Waren geplündert wurden. Die Polizei zerstreute die Menge und ebenso eine Ansammlung Arbeitsloser auf dem Neumarkt. Auf dem Perlengraben, wo einige Beamte mit Roks beworfen wurden, mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Ueber Verletzungen ist nichts bekannt geworden. Zwei Plünderer wurden festgenommen.

Zum Kampf um die Arbeitsregelung.

Frankfurt a. M., 11. Okt. Hier fanden heute Verhandlungen zwischen Vertretern der Freien Gewerkschaften des Afa-Bundes und Beamtenvertrauensleuten mit Vorstandsmitgliedern der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei statt, um, wie die „Volksstimme“ meldet, eine gemeinsame Kampffront herzustellen und ein Minimalprogramm zu vereinbaren, das für alle beteiligten Organisationen für die nächste Zeit bindend sein soll.

Das sozialistisch-kommunistische Kabinett in Sachsen.

Dresden, 11. Okt. Das sozialistisch-kommunistische Kabinett ist gestern gebildet worden. Den Kommunisten sind das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium zugeteilt worden. Das Kabinett setzt sich demnach wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Dr. Zeigner; Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.); Finanzministerium: Wegner (Komm.); Justizministerium: Heu (Soz.); Ministerium für Volksbildung: Fleißner (Soz.); Wirtschaftsministerium: Hedert (Komm.); Handelsministerium: Graupe (Soz.). Der bisherige kommunistische Parteisekretär Heinrich Brendler ist zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt worden.

Dresden, 11. Okt. Der Landtagspräsident hat sich während der Dauer der gegenwärtigen Landtagsverhandlungen zu besonderen polizeilichen Schutzmaßnahmen veranlaßt gesehen, weil ihm durch vertrauliche Mitteilungen Kenntnis geworden war, daß Anschläge gegen die Regierung und den Landtag im Bereich der Möglichkeit liegen und auch Drohbriefe eingegangen sind. Um Mißverständnisse zu vermeiden, weist die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei besonders auf die Ursachen dieser polizeilichen Schutzmaßnahmen hin.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Amtliche deutsche Bekanntgabe der Ruhepolitik Frankreichs.

Berlin, 11. Okt. Anschließend an die Aufgabe des passiven Widerstands gab die deutsche Regierung am 27. September dem hiesigen französischen und dem belgischen Vertreter die Erklärung ab, daß Deutschland bereit sei, über die Frage der Wiederaufnahme des Warenverkehrs und des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet in Beratungen mit den Besatzungsmächten einzutreten. Da die deutsche Regierung eine offizielle Nachricht über die Stellung der Besatzungsmächte nicht erhielt, wies sie die deutschen Vertreter in Paris und Brüssel an, die Frage erneut dem französischen Premierminister und dem belgischen Außenminister vorzulegen. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel wurde von dem belgischen Außenminister am 8. Oktober empfangen. Japar nahm eine endgültige Stellung nicht ein, sondern wünschte Aufklärung über verschiedene Fragen, insbesondere über die tatsächliche Aufgabe des passiven Widerstands, sowie die Stellung der deutschen Regierung zu der Bezahlung der Reparationskohlenlieferungen. Uebrigens setzte sich der belgische Außenminister mit der französischen Regierung in Verbindung. — Der französische Ministerpräsident empfing unseren Geschäftsträger, Botchaftsrat v. Hösch, am 10. Oktober und teilte ihm auf

tschaft.
 Oktober ein-
 v. S. (eine
 heute aus
 arden. Das
 ie noch nicht
 In den
 Kurse, der
 Doppelungen
 Auf dem
 anbank 2800
 waren höher
 meyer 250
 550 (1000),
 langen 1800
 7000), Koff
 1800 (3000),
 2200 (3000),
 die Metall-
 750 (1000),
 1000 (10 000),
 3000
 250 (1700),
 1000 (10 000).
 Höhe: An-
 n-Befigheim
 er Tag 380
 400 (2000),
 220 (450).
 Metall und
 ronn 19 000
 n 200 (400),
 enbahn 70
 Zuder 2110
 Deutsche Del
 sburg 2500
 g e s c h ä f t
 nig Hopfen
 bildung ab-
 llarden.
 Calw,
 Calw.
 nde und
 13. Okt-
 ng
 a. F.,
 dt.
 III. Klasse
 aufwärts.
 e Kammer
 ein Kind
 ein Viertel
 ahpreises.
 (prepaid)
 müssen,
 ostenlosen
 der
 Linie
 ernspr.99
 Uhr.

Seine Anfrage mit, daß die französische Regierung es ablehnen müsse, mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstands zu verhandeln. Es sei die Absicht Frankreichs und Belgiens, die Wiederherstellung des früheren Zustands durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung und den deutschen lokalen Behörden zu regeln. Diese Regelung gehe allein Frankreich und Belgien und die Bewohner der besetzten Gebiete an. Eine Einschränkung der deutschen Regierung auf die Gestaltung der Verhandlungen sei durchaus möglich, da es der deutschen Regierung freistünde, die deutschen Behörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Auffassung zu versehen. Zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über das Gesamtproblem sei er gerne bereit, sobald der passive Widerstand tatsächlich verschwunden und die Wiederherstellung des früheren Zustands im Ruhrgebiet vollendet sei, was bei gutem Willen nach Meinung des französischen Ministerpräsidenten in zwei bis vier Wochen der Fall sein könnte. — Die Reichsregierung, welche von dem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, der in den frühen Morgenstunden übermittelt worden ist, erst heute Kenntnis nehmen konnte, wird sich in der am Nachmittag stattfindenden Kabinettsitzung mit der durch die Erklärungen der französischen und belgischen Regierung geschaffenen Lage beschäftigen und die Stellungnahme der deutschen Regierung feststellen.

Das Ruhrgebiet gegen die französischen Abschneidungsmethoden.

Essen, 12. Okt. Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets erfahren wir: Die Auffassungen, die in einer halbamtlichen französischen Erklärung zum Ausdruck kommen, werden im Ruhrgebiet nicht geteilt. Die französische Taktik, mit einzelnen Gruppen zu verhandeln, erleichtert nicht, sondern erschwert die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit. In weiten Kreisen der Bevölkerung, ebenso wie bei einzelnen hervorragenden Führern der Wirtschaft und der Arbeiterschaft besteht die ernsteste Befürchtung, daß bei derartigen Methoden jetzt und künftig neue Schwierigkeiten sich nicht vermeiden lassen. Das gilt sowohl für diejenigen, die solche Verhandlungsmethoden fordern, als auch für die Gruppen, die darauf eingehen. Wenn die Wiedererrichtung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet wirklich erfolgen soll, so muß von deutscher und von französischer Seite alles vermieden werden, was neue Beunruhigung in die Bevölkerung bringen würde. Im übrigen sind gewisse Hemmnisse in der Arbeitsaufnahme und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens noch immer zum größten Teil auf die französischen Bedingungen und Maßnahmen zurückzuführen. So wird jetzt von den Beamten der stillgelegten Post- und Telegraphenämter im Ruhrgebiet die Anerkennung von Bestimmungen der Rheinlandkommission verlangt, die einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte darstellen. Ohne derartige völlig zwecklose Forderungen wäre man heute bereits viel weiter. Dazu kommt, daß die behördlichen Einrichtungen der Franzosen für den komplizierten Wirtschaftsorganismus des Ruhrgebiets äußerst unzulänglich sind. Das gilt insbesondere für die Ein- und Ausfuhrstellen in Essen, die überhaupt nicht in der Lage ist, ihre Aufgabe zu bewältigen. Endlich machen die wechselnden Ein- und Ausreisbestimmungen der Besatzungsbehörden die schnelle Wiedererrichtung normaler Zustände vollkommen unmöglich. Diese Bestimmungen mögen vor der Aufnahme des passiven Widerstands den Zweck eines politischen Kampfmittels gehabt haben, für ihre Beibehaltung besteht aber jetzt kein Grund mehr, es sei denn, daß sie den Franzosen auch jetzt noch zu den politischen Zwecken der Abschneidung dienen sollen. Alle Maßnahmen, die aber auf solche Abschneidung hinzelen, verhindern in gleicher Weise die Wiederaufbau der Wirtschaft an der Ruhr.

Das Abkommen der Phönix-Grube mit den Franzosen.

Ueber das sogenannte Otto Wolff-Abkommen, das Abkommen, das zwischen der Phönixgrube und den französischen Besatzungsbehörden am 7. Oktober abgeschlossen worden ist, bringt der „Matin“ folgende nähere Einzelheiten: 1. Die Grube Phönix muß der deutschen Regierung die Kohlensteuer für die drei letzten Monate 1922, die nicht bezahlt worden waren, entrichten, damit die Grube nicht zu billigen Kohlen auf den Markt bringen kann. Für die Produktion der Grube zu der gesamten Produktion der Ruhr. 2. Die Lieferungen für die Besatzungstruppen und die Eisenbahnregie haben Vorrang. Die anderen Lieferungen werden durch Requisitionen und Gutscheine vorgenommen werden. 3. Die Metalle und Metallwarenvorräte an der Ruhr werden in gleichem Maße freigegeben werden, als die gefördert Kohlen- und Kokslieferungen durchgeführt werden, und die Kohlensteuer bezahlt wird. 4. Sobald diese Bedingungen erfüllt sind, wird der Grube Phönix gestattet, Kohlen und andere Produkte zu Preisen in Deutschland zu verkaufen, die ihr freigestellt sind. Auch darf sie eine bestimmte Zahl von Tausenden von Tonnen nach dem Ausland verkaufen. 5. Alle Verkäufe an außerhalb des Ruhrgebiets liegende Firmen unterliegen der Genehmigung der französischen Kohlen- und Fabrikkommission. Sollte die Grube Phönix ihre Verpflichtungen nicht einhalten, wird ihr auch die Verkaufsmöglichkeit nach Deutsch-

Amfliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Brotversorgung.

Nach § 3 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 betr. die Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 (R.G.B.I. S. 410) fällt die öffentliche Brotversorgung mit dem 15. Oktober 1923 fort. Die Tätigkeit des Kommunalverbandes für die Brotversorgung nimmt damit ihr Ende. Brot und Mehl gehen damit vom 15. Oktober 1923 ab völlig in den freien Handel über. Dies gilt sowohl bezüglich der Beschaffung als auch des Preises. Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Calw, den 11. Oktober 1923. Oberamt: G 5 s.

land und nach dem Ausland eingeschränkt. Folgen andere Gruben dem Beispiel der Grube Phönix, so soll sie gegenüber denjenigen Gruben bevorzugt werden, die die französischen Bedingungen nicht oder nur teilweise annehmen wollen.

Paris, 10. Okt. Die französische Regierung hat den Text des ersten Abkommens über die Sachlieferungen, das zwischen der Ingenieur-Mission im Ruhrgebiet und der Gruppe Wolff abgeschlossen wurde, gestern dem Entschädigungsausschuß unterbreitet.

Poincaré läßt sich Zeit.

Paris, 11. Okt. Wie der „Intransigeant“ mitteilt, wird Poincaré am Sonntag, den 4. November (!), im Departement Correze eine Programmrede halten, in der er vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments die Ansichten der Regierung über die innere und die äußere Politik darlegen wird. Man nimmt allgemein an, daß der Wiederzusammentritt des Parlaments am 13. November erfolgen wird.

Die französische Gewaltpolitik.

Der Fortgang der Ausweisungen.

Obwohl der passive Widerstand aufgegeben ist, geht Frankreich im Triumph über ein völlig wehrloses Volk seine Vertreibungen aus dem besetzten Gebiet im großen Stille fort. In den letzten Tagen wurden, wie die „Frankf. Zig.“ schreibt, z. B. folgende rheinische Bürger von Haus und Hof, unter Raub des Mobilitärs, verjagt: der Bürgermeister Peiffe von Delaiben, der Schneidermeister Endres von Wazweiler, der Kaufmann Eberhardt und der Gastwirt Ronde von Schönecken, der Buchdruckereibesitzer Henrich von Traben an der Mosel; dazu eine ganze Reihe von Eisenbahnern. Wir greifen hier nur einige Namen heraus, um zu zeigen, mit welcher unmenslichen Rücksichtslosigkeit das Regime der Ausweisungen immer noch in das rheinische Bürger- und Wirtschaftsleben eingreift, Existenzen von einem Tag auf den andern vernichtet und das ganze Rheinland fortwährend unter dem Druck qualvollster Unsicherheit hält. Die härteste Strafe, die einen Menschen treffen kann, die Verjagung aus der Heimat in eine ungewisse Zukunft hinein, wird bekanntlich ohne jegliche Unterjochung verhängt; nicht selten genügt die Denunziation von Sonderbündlern, jener fragwürdigen Existenzen, die ihrer ganzen Charakteranlage nach dazu neigen, persönliche Feinde auf diesem Wege zu vernichten, und Unschuldige mit Frau und Kind ins Elend zu jagen. Man sagt nicht zuviel, wenn man auspricht, daß die Fortsetzung der Ausweisungen über den deutschen Kampferzicht hinaus den tiefsten Stand europäischer Menschlichkeit in diesen Jahren darstellt. Wir fragen laut: Ist niemand in Frankreich, ist niemand in der Welt, der das Ende dieses furchtbaren Treibens mit solchem Nachdruck verlangt, daß ihm ein Ende bereitet wird? War alle Empörung der Engländer über die belgischen Deportationen so sehr unwahrhaftige Kriegsmache, daß sie nichts einzuwenden haben gegen diese Massendeportationen aus einem Lande, mit dem Frieden geschlossen ist, und das selbst den Widerstand gegen Friedensvertragsverletzungen des übermächtigen Gegners ausgegeben hat? Ist in Frankreich, dem Lande, aus dem einst das nationale Empfinden in Europa seinen Ausgang nahm, jede Achtung vor dem nationalen Fühlen anderer Völker so völlig entischwunden, daß sie jeden Deutschen, der ihnen in die Hände fällt, für vogelfrei halten, wenn er nicht charakterlos genug ist, sich dem fremden Imperialismus völlig zu verkaufen? Ist diese Behandlung des reichen rheinischen Landes im Zentrum Europas, dessen Schönheit man weithin rühmte, dessen Städte aber nun seit langem in völliger Rechtslosigkeit vor dem despotischen „Delegierten“ Frankreichs zittern, nicht allmählich zu einer der wichtigsten europäischen Fragen geworden, jedenfalls zu der Frage, über deren Lösung es in den Reihen der Kulturmenschen keine Streitigkeit geben dürfte?

Dann, 10. Okt. Rund 50 Familien sind nunmehr aus dem hiesigen nur 1500 Einwohner zählenden Städtchen ausgewiesen. Fast alle Beamten des Finanzamts, die beiden Richter des Amtsgerichts und die beiden Landjäger sind vertrieben, sodas Finanzamt, Amtsgericht und Polizei ihre Tätigkeit einstellen mußten. Der Besieger und Schriftleiter der „Eifelzeitung“ wurde ausgewiesen, sodas nach der „Eiseler Landeszeitung“ nunmehr auch diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen mußte und die Gegend ohne Presse ist. Notdürftig bekleeht, ohne Vermittel und ohne Verabschiedung von den Angehörigen wurden einige der Betroffenen abgeführt. Direkt ein Skandal ist die Begründung einiger Ausweisungen: „auf Wunsch der Bevölkerung.“ Ein Förster, der in letzter Zeit gegen Wildbiebe vorging, wurde aus diesem Grunde ausgewiesen. Die Denunziationen steuer- und arbeitscheuen Gesindels genügen im entochten Rheinland als Grund zur Vertreibung. Alle Bande der Ordnung werden im Interesse der französischen geheimen Absichten zerstört.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland!

Deutschland.

Die Lohnnezzahl für die Reichsarbeiter und Reichsbeamten.

Berlin, 11. Okt. Nach den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen ist die Lohnnezzahl für die Reichsarbeiter für die laufende Woche auf 220 000 festgesetzt worden. Für die Beamten wurde vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstags eine endgültige Nezzahl von 35 000 für das zweite Oktoberviertel vereinbart.

Am die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Berlin, 10. Okt. Im Gegensatz zu anderen Meldungen behauptet die „Vossische Zeitung“, daß wenig Aussicht auf Fortbestehen der Zentral-Arbeitsgemeinschaft bestehe. Nach dem heute früh bekannt gewordenen Austrittsantrag des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Gewerkschaftsringes teilt der Afa-Bund mit, daß auch seine großen Organisationen schon vor längerer Zeit ihre Vorstände beauftragt hätten, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen, die im übrigen praktisch schon seit Monaten ihre Tätigkeit eingestellt hätten. — Die Zentralarbeitsgemeinschaft sollte die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in friedlicher Weise regeln. Der Austritt der Arbeitnehmerorganisationen erfolgt wegen der Bestrebungen der Arbeitgeber auf Abschaffung des Achtstundentags.

Zur Lage in Sachsen.

Dresden, 11. Okt. Zu Beginn der heutigen Landtags-sitzung teilte der Präsident Winkler mit, daß Ministerpräsident Dr. Zeigler von seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung noch nicht aus Berlin zurückgekehrt ist. Das Haus beschloß darauf, die Sitzung auf morgen vormittag 10 Uhr zu vertagen zur Entgegennahme der Regierungserklärung. Die Aussprache über die Regierungserklärung soll am nächsten Dienstag stattfinden.

Razzia auf Devenschieber in Berlin.

Berlin, 11. Okt. Dem „Achtuhr-Abendblatt“ zufolge veranstaltete die Polizei heute nachmittag eine Razzia gegen die wilden Devenschieber in der Tauentzienstraße. Einige Schlepper dieser Händler wurden fixiert, aber alsbald wieder entlassen.

Zur auswärtigen Lage.

Die harmlose englische Reichskonferenz.

London, 11. Okt. (Reuter.) Die Reichskonferenz hat heute vormittag ihre Sitzungen unter dem Vorsitz des Premierministers Baldwin wieder aufgenommen. Lord Curzon hat eine Erklärung über die aus der Morat von Janina entstandenen politischen Ereignisse abgegeben. Lord Cecil sprach über die Arbeiten des Völkerbunds.

Innerpolitische Verwicklungen in Persien.

London, 10. Okt. Reuter meldet aus Teheran: Der vormalige Minister Dawan-es-Saltaneh wurde verhaftet und zwar, wie ein Bericht aus Maschabad besagt, im Auftrag des persischen Kriegsministers, der sein politischer Gegner ist. In Teheran herrscht große Aufregung. Man erwartet weitergehende Verwicklungen.

Bermischtes.

Im Haag das Recht — in Genf die Willkür!

Der Haager oberste Weltgerichtshof hat sein Urteil gefällt, daß die Entdeutschungspolitik Polens in seinen Westmarken im Widerspruch mit den Minoritätenschutzverträgen steht, daß es zu Unrecht deutsche Ansiedler, die mit der früheren preußischen Verwaltung einen Pacht- und Rentengutsvertrag abgeschlossen hatten, aber nur aus formellen Gründen vor der Uebergabe des Landes an Polen noch keine notarielle Auffassung ihres Besitzes erhielten, von Haus und Hof vertreiben. Daß es ferner verpflichtet sei, allen jenen die polnische Staatsbürgerschaft zu geben, deren Eltern in dem jetzt neupolnischen Gebiete geboren sind und daß es nicht nötig sei, daß diese Eltern auch noch zur Zeit der Uebergabe des Gebietes an Polen dort wohnten. Genau so hatte es früher die juristische Kommission des Völkerbunds ausgesprochen. Polen aber hatte dieses „Gutachten“ benutzt ignoriert und seine Entdeutschungs-, Austreibungs-, Beraubungspolitik weiterbetrieben. Nun hat am 27. September der Völkerbundsrat in Genf über das Haager Urteil verhandelt. Der Polenvertreter Graf Skirmunt erklärte vergnügt, das „Gutachten“ sei erst am 10. September gefällt worden, seine Regierung habe noch keine Zeit und Gelegenheit gehabt, es zu prüfen. Vergebens protestierten der brasilianische und auch der englische Vertreter, Lord Cecil, gegen die Praxis Polens, alle bisherigen Entscheidungen als nicht vorhanden zu betrachten und seine brutale Entdeutschungspolitik ruhig weiterzuführen: Der Rat konnte sich nicht aufpassen, das Haager Urteil als verbindlich zu erklären, er überwies den ganzen Fragenkomplex an Polen zum weiteren Studium und will im Dezember bei der nächsten Sitzung wieder auf die Frage zurückkommen. Nicht einmal ein Verbot erging an Polen, in der Zwischenzeit seine Entdeutschungspolitik weiterzuführen. Polen wird weiter tun, was es will, und der Völkerbundsrat ist froh, eine schwierige Frage durch Vertagung los zu sein. Niemals ist es klarer geworden, wie wenig Macht dieser Völkerbund hat, niemals ist er aber auch brutaler verhöhnt worden, wie von Polen in Genf am 27. September 1923. Für das Deutschland eine betäubende aber eine lehrende Situation: Im Haag, mag das Recht sitzen — in Genf sitzt die Ohnmacht, und die Macht, die lächelnd darüber hinwegschreitet, breitet sich in Paris, in Rom, in Warschau immer hemmungsloser aus.

Das Schicksal Mexikos.

(Fortsetzung und Schluß.)

Aus der Zeit der Befreiungskämpfe Mexikos, wo ein Vizekönig und Präsident den anderen ablöste, erzählt B. Salby im neuesten Heft der „Gartenlaube“.

Inzwischen lag ein anderer auf der Lauer, um den Fall der reifen Frucht zu erwarten: Uncle Sam. Stück um Stück riß er von dem von Parteikämpfen zerrissenen Lande los, und was er nicht stehlen konnte, kaufte er. Dann kam nach mancherlei Wechselfällen der Volkshutindianer Benito Suarez ans Ruder. Er hatte mancherlei gute Anlagen und brachte eine frischere Luft in das Land. Die Klöster wurden aufgehoben, den Kirchen die Staatsmittel entzogen, jedes Bekenntnis hatte Daseinsberechtigung. Aber Suarez war kein Finanzmann, die Einnahmen verwenkte er an seine Parteigänger, und schließlich verweigerte er die Zahlung der ausländischen Schulden. Das traf Ehren-England und Frankreich an der verwundbarsten Stelle. Der wenig ehrwürdige John Bull überließ, wie immer, den Bütteldienst dem politischen Desperado Napoleon III. Napoleon, dem das Abenteuer bitter genug zu stehen kam, setzte den Erzherzog Maximilian als Kaiser ein, und kurze Zeit darauf endete das grotesk-traurige Schauspiel mit der Erschießung Maximilians in Queretaro.

Suarez kam wieder ans Ruder, dann Lerdo und endlich, im Jahre 1876, das beste Staatsoberhaupt, das Mexiko je gehabt hat, Porfirio Diaz. Er war Diktator, aber er war auch ein Mann, dazu einer, der das Beste seines Vaterlandes wollte. Was er in seiner Regierungszeit geleistet hat, erscheint ungeheuer. Er nahm die passenden Mittel und wandte sie ohne Bedenken an, wenn sie dem Wohl des Landes dienten. Er war ehrlich und unbefleht, etwas schier Wunderbares in den Augen seiner Landsleute und etwas höchst Berwerfliches in den Augen der lieben amerikanischen Nachbarn. Die gemeinsten Mittel wurden gegen ihn angewandt. Drüben saßen Rodejeller und Genossen und warteten auf die Beute. Der Präsident formulierte ihren Willen in Drohnoten. Diaz blieb unnahbar. Die Dollars tauschten stromweise ins Land, die verkommensten Banditen mußten mit amerikanischem Geld als Präbenden auftreten. Der Präsident ließ sie hängen, wo er sie fand. Uncle Sam heulte vor Wut und griff zu stärkeren Mitteln. Eine wohlorganisierte Lügenpresse versorgte die Welt mit „mexikanischen Greueln“; der Bandit Villa, ein mit allen Wassern gewaschener Verbrecher, war der Vertrauensmann der Union und hatte die göttliche Sendung zum Präsidentenamt, ein paar ähnliche Herrschaften von gleichen Eigenschaften glaubten sie ebenfalls zu besitzen und der Herrscher war fertig. Angeleitet von dem Treiben legte der ehrenhafte und hochbetagte Diaz sein Amt nieder, mit blutendem Herzen. Das, was er mit Aufopferung seines Lebens während zweier Menschenalter geschaffen hatte, war auf dem Wege, durch die Vertreter der Monroe-Doktrin zugrunde zu gehen.

Nunmehr glaubten die Vereinigten Staaten, nach Belieben im Trüben fischen zu können. Sie spielten die Bandenführer gegeneinander aus. Huerta erschien geeignet. Aber als er Präsident war, zeigte es sich, daß er Anstand genug besaß, den Weg Diaz' zu gehen. So mußte er fallen. Nun war man in Washington mißtrauisch geworden und wollte die Sache selbst in die Hand nehmen. Man glaubte das Land müde genug, daß es sich ohne weiteres in die Falsche steden ließ. Die Humanität spielte wieder einmal die erste Rolle unter den Phrasen. So begann der große Fastnachtszug des vergangenen Jahres nach Mexiko, der mit einer ungeheuren Blamase der Humanitätsapostel endete.

Das Land wird nicht zur Ruhe kommen, solange nicht der Gedanke Wurzel gefaßt hat, daß nur nach Niederwerfung des inneren Feindes der äußere zur Ruhe kommen kann. Ob dies so bald möglich sein wird, steht dahin, denn Mexiko hat wohl die buntschadigste Bevölkerung, die man sich denken kann. Die Urbevölkerung der Indianer zählt heute etwas über fünf Millionen Seelen, Mischlinge dagegen gibt es fast eine Million mehr. Die Zahl der Weißen beträgt etwa drei Millionen.

Könnte sich diese Bevölkerung dazu bereithalten, alle Inter-

essen der einen großen Idee zu opfern, dem Aufstieg Mexikos, das Land hätte infolge seiner vielfältigen, reichen Naturschätze die Möglichkeit, ein glücklicher und wirtschaftlich starker Staat zu werden, trotz aller Anstrengungen der Vertreter der Monroe-Doktrin, die der Mexikaner in lebendig bewahrter Erinnerung der Raubzüge Amerikas im vergangenen Jahrhundert bis aufs Blut haßt. Möge Mexiko, das auch einer starken deutschen Kolonie Gastrecht gibt, die in enger Gemeinschaft mit der Landbevölkerung lebt und schafft, bald jener starke Mann und würdige Nachfolger des Präsidenten Diaz gegeben werden, der das Schicksal Mexikos mit kühner Hand in ruhige, gedeihliche Bahnen lenkt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Oktober 1923.

Von der Freiwilligen Feuerwehr Calw.

Man schreibt uns: Am Montag hielt die Calwer Feuerwehr ihre Herbst-Hauptübung ab. Von 254 Mann waren 194 ausgerückt. Unter Vorantritt der Stadtkapelle gings wie üblich auf den Brühl, wo die Besichtigung der aufgestellten Kompagnien und der Weckerlinie durch Bezirksfeuerlöschinspektor Oberamtsbaumeister Niederer, Feuerwehr-Kommandant Stüber und Adjutant Wochel stattfand. Im Anschluß hieran wurden die einzelnen Geräte in Augenschein genommen, worauf die Wehr in die Leberstraße marschierte. Hier erfolgte die Alarmierung. Uebungsobjekt war das Rathaus, wo ein größerer Brand im Dachstuhl angenommen war. Als erste rückte die Weckerlinie unter Führung von Hauptmann Schäfer ab und nahm mit der Autospritze Stellung am Marttbrunnen bei der Alten Apotheke, da der untere Marktbrunnen für sie zu nahe am Brandplatz lag. In kurzer Zeit konnte sie aus 2 A-Strahlrohren Wasser geben. Die 4 Kompagnien waren inzwischen ebenfalls auf dem Brandplatz eingetroffen und griffen unter planmäßiger Führung ihrer Hauptleute den Brandherd an. Es war weiter angenommen worden, daß durch Flugfeuer im Hause von Backofenbauer Seiz ein Brand ausgebrochen sei. Auch diesen faßte man rasch und zielklar an und bald ertönte das Signal, daß die ganze Uebung beendet sei. Die Mannschaften rückten ab und brachten ihre Geräte an Ort. Vor dem Feuerwehr-Gerätehaus wurde dann im Halbkreis zur Kritik angetreten. Kommandant Stüber erläuterte ausführlich die Brandobjekte, deren Inangriffnahme durch die einzelnen Kompagnien in dem zum Teil schwierigen und engen Raum der Salzgasse und gab seiner Anerkennung Ausdruck über die energische und wohlüberdachte Bekämpfung des „Feuers“ durch die Führer und Mannschaften. Er dankte allen Beteiligten für ihre Leistungen, ebenso der auf Veranlassung von dem Führer der Freiwilligen Sanitätskolonne Calw, Obersekretär Pfizenmaier, erschienenen Sanitätsmannschaft, deren Beteiligung auch weiterhin erwünscht sei. Die Freiwillige Feuerwehr Calw mit Einschluß der Weckerlinie habe aufs neue bewiesen, daß, wo es auch sei, sie jederzeit des Brandes Herr werden würde, um die so wertvollen Gebäulichkeiten und das teure Mobiliar zu schützen. Unbeeinflusst durch die politischen Strömungen werde sie ihre Pflicht weiterhin tun nach dem Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen!“ Bezirksfeuerlöschinspektor Niederer, welcher die alle 2 Jahre stattfindende Prüfung der Wehr vorgenommen hatte, fand ebenfalls anerkennende Worte für die Leistungen der Calwer Feuerwehr, deren Gerätschaften gut in Ordnung seien. Der Angriff sei sehr exakt durchgeführt worden und einheitliches Zusammenarbeiten zwischen Führer und Mannschaft zu erwähnen. Gerade diese Uebung aber habe auch bewiesen, daß es irrig sei, wenn man glaube, durch die Schaffung der Weckerlinie sei die Freiwillige Feuerwehr übrig geworden, das Gegenteil sei der Fall. Wir werden nach wie vor trotz der Weckerlinie auf Erhaltung einer tatkräftigen Freiwilligen Feuerwehr bedacht sein müssen. [Eine Herabsetzung des Dienstalters auf 40 eventl. 35 Jahre würde der Erhaltung der Wehr aber trotzdem nicht hinderlich sein. Der Berichterst.] Er dankte Allen und ersuchte um weitere tatkräftige Mitarbeit. — Von der Abhaltung einer Hauptversammlung war durch Beschluß des Verwaltungsrats Abstand genommen worden,

weil in heutiger Zeit der Wirtschaftsbesuch diesen nicht möglich sei, doch fanden sich die einzelnen Kompagnien nachher doch noch in verschiedenen Lokalen zusammen. Der Hauptübung waren wie üblich die Einzeliübungen der 4 Kompagnien vorausgegangen, auch die Weckerlinie hatte mit der Autospritze eine Anzahl Uebungen abgehalten, um sich in den verschiedenen Stadtteilen und Gebäulichkeiten mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Alles in allem muß gesagt werden, daß die Einwohnerschaft von Calw die Gewißheit haben kann, daß wenn je einmal ein größerer Brand ausbrechen sollte, sie eine Feuerwehr besitzt, deren Führer in kurzer Zeit Herr werden wird, wenn nicht Wassermangel, strenge Kälte oder sonstige Naturgewalten ihrer Tatkraft ein Ziel setzt. — Der Bezirk Calw aber auch kann froh sein, eine Autospritze mit erprobter Führung und Mannschaft sein eigen zu nennen, denn die Orte, wo sie schon Uebungen abgehalten hat, werden von der segensreichen Einrichtung überzeugt sein. bm.

Vortrag im evangelischen Volksbund.

** Durch besondere glückliche Umstände konnte der Ev. Volksbund Universitätsprofessor Dr. Pfennigsdorf aus Bonn am Montagabend für einen Vortrag gewinnen über die „soziale Botschaft des Evangeliums und die Zukunft Deutschlands“. Pfennigsdorf ist durch Schriften religionspädagogischen und christlich-philosophischen Inhalts bekannt, die sich durch leichtflüssigen Stil und klare Darstellung auszeichnen; und so kann der Besuch des Vortrags allen, die von höherer Warte diese Probleme durchdenken wollen, warm empfohlen werden.

Die neuen Schlüsselzahlen der Reichsbahn.

Vom Sonnabend, den 13. Oktober ab, werden die Schlüsselzahlen für die Reichsbahntarife im Personenverkehr 120 Millionen und im Güterverkehr 250 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die letzte außerordentliche Geldentwertung noch nicht berücksichtigt.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Zimmer noch kommen Teilschwüngen von dem Luftwirbel im Norden bis Süddeutschland. Die Einwirkung des Hochdrucks im Süden geht zurück. Am Samstag und Sonntag sind mehrfach Niederschläge und kühleres Wetter zu erwarten.

* Stuttgart, 9. Okt. Die Sozialdemokratie hielt gestern eine Versammlung, in der der Abg. Keil über die Vorgänge im Reichstag sprach. Er führte nach dem Bericht der „Schwäb. Tagwacht“ u. a. aus: Die entsetzlich traurige wirtschaftliche Lage habe zu einer Schwächung der Position der Arbeiterorganisationen geführt, so daß diesen allein die Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Gefahren kaum möglich gewesen wäre. Hierzu komme, daß die nationalsozialistische Woge, die über Deutschland geht, bis tief in die Kreise der Arbeiterschaft Einfluß gewann. Dies sei kein Wunder, zumal auch die Kommunisten dem Nationalismus so große Zugeständnisse machten, daß die Grenze zwischen Nationalisten und Kommunisten zeitweilig schwer zu führen war. Die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur würde die Auflösung alles dessen bedeuten, was an Arbeiterschutz und Arbeiterversicherungsgeetzen in Deutschland besteht. Wenn die Rechte die Gewalt zu ergreifen versuchte, sei es Aufgabe, ihr Ziel zu durchkreuzen, und zu diesem Zweck seien die Sozialdemokraten in die Koalitionsregierung eingetreten. Keil schloß mit dem Wunsch, aus den Auseinandersetzungen über die Frage der Regierungsbildung keine Kraftproben zu machen. In der sich anschließenden Erörterung kamen fast nur Gegner des Beitritts zur Regierung zum Wort. Eine Entschlieung, wurde abgelehnt und dann auf die Beantragung einer anderen Entschlieung verzichtet.

(SchB) Sigmaringen, 11. Okt. Kaum hat sich das Grab über dem jungen Rauch von Sigmaringendorf, der auf tragische Weise ums Leben kam, geschlossen, so wird schon

Steffani Drehja.

Roman von Alexandra v. Bosse.

39)

„Berliebt ist er natürlich,“ grollte Wagnitz, „darum auch unzurechnungsfähig, sonst hätte er nie daran denken können, daß ich je meine Einwilligung zu so einer Verbindung geben würde. Er muß wieder zurechnungsfähig gemacht werden. Er muß erkennen, daß wir alle, die ganze Familie, nichts von der tollen Geschichte wissen wollen. Darum ließ ich dich heute kommen, Steffani, um dir zu sagen, daß es dir nicht etwa einfällt, dem Jungen weiter die Stange zu halten. Lotti, Leni und Franz richten sich nach mir, aber auch du sollst jeden Verkehr mit — mit dieser Person abbrechen und Ebbo klarmachen, daß du gegen meinen Willen nicht zu ihm halten wirst!“

„Er ist schon so verzweifelt, Vater. Wir können ihn doch nicht alle so ganz im Stich lassen,“ wagte Steffani zu sagen.

„Nur zu seinem Besten,“ entschied Wagnitz. „Je eher der Junge zur Vernunft kommt, um so besser!“

„Ist ja alles deine Schuld — deine Schuld!“ mischte plötzlich Tante Hermine sich ein. „Nette Suppe hast du uns da eingebrockt — muß ich sagen. In Dresden alles entseht — alles entseht! Nette Schwägerin hast du dir da ausgesucht, wirklich! Muß eine vielgeliebte Frau gewesen sein — die Mutter. Erschossen hat sie sich ja noch — oder vergiftet . . .“

„Das ist ja gar nicht wahr!“ fuhr Steffani auf. „Das ist böswilliger Klatsch!“

„Klatsch?“ empörte sich Tante Hermine. „Willst du da-

mit behaupten, daß ich böswilligen Klatsch verbreite? Ich kann dir sagen, daß ich nur von Tatsachen spreche! Nur von Tatsachen!“

„Wenn Klatsch entstanden ist,“ fiel in strengem Ton Wagnitz ein, „so seid ihr ganz allein daran schuld, du und Ebbo! Befonders du, als verheiratete Frau, hättest vernünftiger sein sollen. Jetzt hast du den Jungen in diese faule Verlobung hineingetrieben . . .“

„Aber ich habe ihn doch nicht hineingetrieben!“ unterbrach ihn Steffani.

„Du hast die Geschichte von Anfang an begünstigt!“

„Nein, ich versuchte nur, Ebbo zu helfen, als er schon verlobt war!“

„Das bestärkte ihn in seinem Wahnsinn!“

„Hast du nicht etwa die Person in Dresden besucht?“

„Ja, ich wollte das Mädchen kennen lernen,“ gab Steffani zu. „Das weiß Papa auch schon.“

„Mit ihr verheiratet hast du dich! Das „Du“ hast du ihr angeboten!“

Steffani erwiderte ruhig: „Ich leugne es ja gar nicht. Ich wollte Ebbo helfen, das ist alles!“

„So! Du leugnest also nicht? Und das ist alles, wirklich alles?“ höhnte Tante Hermine, und ihre breiten schwarzen Brauen zuckten aufgeregt. „Bist du dann nicht etwa auch die Nacht in Dresden geblieben — im Europäischen Hof — wie? Leugnest du das auch nicht?“

„Nein, ich verpackte damals den Abendzug.“

„Ach, wirklich? Wie nett, daß du da gerade Gesellschaft fandest und nicht einsam bleibst. Hast du dich wenigstens amüsiert mit Ottokar Treben?“

Steffani biß sich auf die Lippen und wurde sehr blaß. Ihre Augen flammten zornig auf: „Wer behauptet solchen Unsinn?“ fragte sie kalt.

„Man hat dich gesehen!“ erwiderte in gedehntem Ton Tante Hermine. „Mein Gott, Dresden ist eben nicht Teheran, nicht wahr? Und du willst doch nicht behaupten, daß es nicht wahr ist?“

„Nein. Es ist nicht wahr!“

„Du bist also dort nicht mit Ottokar Treben zusammengetroffen?“

„Doch — zufällig — aber . . .“

„Zufällig, zufällig!“ höhnte Tante Hermine. „Köstlich, was der liebe Zufall immer gefällig ist!“

„Bitte, Tante Hermine . . .“

„Ach was! Bist du dann auch so ganz zufällig am folgenden Morgen mit ihm zusammen nach Dohneck gefahren — wie? Ach — rot kannst du noch werden — wunder dich wirklich!“

Steffani konnte nichts erwidern, so empörte sie der unwürdige Klatsch. Ihre Lippen zitterten, ihre Wangen röteten sich, und mit Schauern erkannte sie, daß sie diesen Anschuldigungen gegenüber so gut wie wehrlos war.

Frau v. Wagnitz sah ganz versteinert. Wagnitz starrte mit tollenden Augen von einer zur anderen, ohne recht zu verstehen, bis ihm endlich die Tragweite von Hermines Gerede klar wurde.

„Was soll das?“ fragte er streng. „Wer wagt es, Steffani mit Ottokar Treben in zweideutiger Weise zusammen zu nennen?“

(Fortsetzung folgt.)

wieder ein folgenschwerer Motorradunfall gemeldet. Auf der Landstraße von Laiz nach Bahnhof Inzigkofen stieß am Sonntagabend gegen 8 Uhr der 27jährige Zimmermeister Anton Goreth von Stetten a. L. M. mit seinem Motorrad gegen einen Baum und blieb bewußtlos liegen. Sein Beifahrer kam mit dem Schrecken davon. Goreth wurde noch am selben Abend nach Sigmaringen in die Klinik verbracht, wo er am Montag seinen schweren Verletzungen erlag. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit zwei kleinen Kindern.

(S. B.) Ulm, 11. Okt. Ein Einbruch wurde am hellen Vormittag in das Schaufenster eines Juweliergeschäfts verübt. Der Täter wußte, während er sich den Anschein gab, die im Schaufenster ausgelegten Dinge zu betrachten, ein Loch in die Glasscheibe zu bohren, wodurch es ihm gelang, sich in den Besitz von Ringen und Silberwaren zu setzen. Als er weggegangen war, wurde der Diebstahl entdeckt und die Verfolgung die Stadtmauer hinauf aufgenommen. Dort soll der Dieb die Ringe über die Mauer hinunter in die Gärten geworfen haben. Er wurde dann eingeholt und festgenommen.

Anzeigen-Schlüsselzahl 100 000

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	
1 Dollar	5 072 650 000 M.
1 Goldmark	1 207 773 809 M.
1 Schweiz. Franken	908 267 000 M.
1 franz. Franken	306 765 000 M.
1 holländ. Gulden	1 994 975 000 M.
1 Lire	230 575 000 M.

Der Mittelkurs von gestern.

Berlin, 11. Okt. Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars beträgt heute, am 11. Oktober, 5.060.000.000.

Eine hamburgische Sterlinganleihe.

Hamburg, 10. Okt. Die Zeichnungen auf die Hamburgische 1 Million Pfund Sterling-Anleihe haben im In- und Auslande ein so lebhaftes Interesse gefunden, daß die erste Ausgabe von 300 000 Pfund Sterling kurz nach dem Zeichnungstage bereits überschritten war. Es wurde deshalb beschlossen, weitere Zeichnungen auf Grund des Prospektes zum Kurse von 94 Proz. bei Deviseinzahlung und zum Kurse von 98 Proz. bei Zahlung in Reichsmark bei den Zeichnungstellen entgegenzunehmen.

Der Goldumrechnungssatz für die

Landabgabe

beträgt für die Zeit vom 13. bis 16. Oktober 1923 einschließlich für 1 Goldmark

243 000 000 Mk. Papiermark.

Hirsau, den 11. Oktober 1923.

Finanzamt.

S. B.: Eisele, St.-S.

Die Nachzahlungen

für das 2. Oktoberviertel sind den Gehaltsempfängern am 11. Oktober überwiesen worden. Staatsrentamt Hirsau.

Städt. Gas- und Elektrizitätswerk Calw.

Durch die unauffällig rasende Geldentwertung sind wir im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Betriebe genötigt, unser bisheriges Einzugsverfahren für

Gas- und Stromgeld

sofort zu ändern. Der auf 1. Oktober eingeführte Vorverkauf wird für allgemein verpflichtend erklärt, jedoch also Gas und Strom nur noch nach Goldmarkpreisen umgerechnet zum amtl. Goldmarkkurs vom Tage vor Zahlung abgegeben wird. Wir geben zu diesem Zwecke im Laufe der nächsten Tage anstelle der bisherigen Gas- und Strombücher Quittungskarten aus, die bei jedem Vorverkauf mitzubringen sind.

Der Vorverkauf kann in jeder beliebigen Menge täglich vormittags hier erfolgen. Da Gas- und Stromgeld nicht mehr durch unsere Einziger erhoben wird, sei dringend empfohlen, mit der Bezahlung nicht bis zum Ende des Monats zu warten.

Der Vorverkauf für Gas in Hirsau findet jeden Dienstag nachmittags auf dem Rathaus in Hirsau statt.

Calw, den 12. Oktober 1923.

Gas- und Elektr. Werk.

Landw. Bezirksverein Calw.

Sieben ist

1 Wagen Thomasmehl

eingetroffen. Abgabe nur gegen Getreide und zwar 1 Zentner Thomasmehl = 60 Pfund Weizen oder 80 " Roggen " 80 " Gerste " 100 " Hafer.

Die Geschäftsstelle: J. Knecht, Fernsprecher 96.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten.

Berlin, 11. Okt. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Stat. Reichsamts für den 8. Okt. auf das 109,1-Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,4-Millionenfache) beträgt somit 170 Prozent.

Landesproduktenbörse.

(S. B.) Stuttgart, 11. Okt. Die rasende Geldentwertung bringt es mit sich, daß auch am Getreidemarkt die Preise eine entsprechende Höhe erreichen. Verkäufer und Käufer nehmen eine abwartende Stellung ein, weil man zusehen will, bis die Verhältnisse wieder geklärt sind. Abschlässe kamen an heutiger Börse kaum zu Stande. Es notierten je 100 Kilo ab württ. Stationen in Milliarden Mark: Weizen: 12-15 (am 8. Okt.: 2,4-2,7); Sommergerste 10-12 (2-2,2); Roggen 10-13 (2-2,3); Haber 7-9 (1,4-1,6); Weizenmehl Nr. 0 32-35 (5,5-6); Brotmehl 28-31 (5-5,4); Kleie 6-7 (0,8-0,9); Weizenheu 2-2,5 (0,4-0,45); Kleeheu 2,5-3 (0,5-0,6); drahtgepreßtes Stroh 2-3.

Vom Stuttgarter Wochenmarkt.

(S. B.) Stuttgart, 11. Okt. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Aepfel 20-60, Birnen 10-50, Quitten 22-40, Zwetschgen 20-40, Pfirsiche 20-50, Trauben 50-70, Nüsse 40-50, Tomaten 18-30 Millionen pro Pfund, Kraut 12-18, Kopfsalat 18-22, Röhrl 15-18, gelbe Rüben 12-15, Spinat 18-20, Mangold 14-15, Zwiebeln 13, Stangenbohnen 25-45 das Pfund, Salatgurken mittlere Größe 15-25, Endivie 5-12, Kopfsalat 6-12, Kohlräbe 4,5-8, Rettiche 1-8, Blumenkohl mittelgroß 25-35, Rosenkohl 12-18 Millionen das Stück, Kartoffeln 5 Millionen das Pfund. Eier waren gar keine vorhanden. Butter stieg auf 200-210 Millionen. Schmalz kostete 1 Milliarde, Margarine 500-600, Schmelzmargarine 650, Kokosfett 600, Palmöl 630-650, Komabour 30, Backsteinkäse 18-26 die 100 Gramm, Kräuterkäse 28-35 der Stüpfel.

Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 11. Okt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 181 Ochsen, 39 Bullen, 264 Jungbullen, 274 Jungzinder, 281 Kühe, 360 Kälber, 249 Schweine, 97 Schafe. Verkauft wurde alles. Erlös aus je einem Pfund Lebensgewicht in Millionen Mk.: Ochsen 1. Sorte 52-56 (letzter Markt: 44-45), 2. Sorte 45-50 (36-42); Bullen 1. Sorte 52-55 (43-45), 2. Sorte 41-49 (35-42); Jungzinder 1. Sorte 52-56 (44-47), 2. Sorte 44-48 (41 bis 44), 3. Sorte 40-44 (35-40); Kühe 1. Sorte 46-50 (38-40), 2. Sorte 40-44 (30-36), 3. 32-38 (22-28); Kälber 1. Sorte 73-75 (54-55), 2. Sorte 68-72 (51

bis 53), 3. Sorte 63-67 (48-50); Schweine 1. Sorte 100-105 (79-81), 2. Sorte 92-96 (77-78), 3. Sorte 82-90 (65-74). Verlauf des Marktes: lebhaft.

(S. B.) Stuttgart, 11. Okt. Vom Samstag ab werden die Straßenbahnfahrpreise erheblich erhöht. Fahrpreise bis zu zwei Teilstrecken kosten dann 20 (bisher 10) Millionen, bis zu vier 30 (15), für mehr als vier 40 (20) Millionen Mark.

(S. B.) Balingen, 11. Okt. (Viehmarkt.) Zugeführt wurden zwei Farren (blieben unverkauft), 100 Ochsen u. Stiere (1/2-1/2jährig, Preis 5-8 Milliarden; 1/4-1/2jährig 10-15 Milliarden), 1 Paar Zugochsen (Preis 60-140 Milliarden), 77 Kühe (Preis 16-55 Milliarden), 88 Kalbinnen (Preis 22-50 Milliarden), 285 Stück Jungvieh (1/4-1/2jährig, Preis 8-12 Milliarden, 1/2-1/2jährig Preis 14-21 Milliarden Mk.). Auf dem Schweinemarkt waren 160 Milchschweine zugeführt. Preis für ein Milchschwein 300-700 Millionen. Der Handel war flau, ein kleiner Rest blieb unverkauft.

(S. B.) Weinstadt, 11. Okt. (Fruchtpreise.) Der Schranne wurden zugeführt: 1106 Kilo Weizen, 1045 Kilo Gerste, 3009 Kilo Haber, 100 Kilo Dinkel. Verkauft wurde alles. Erlös in Milliarden Mark per Doppelzentner: Weizen 1,6-2,7, Gerste 2, Haber 1,4-1,7, Dinkel 1,8.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen feldherabhängig nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verfallsraten in Rechnung kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gottesdienst.

20. Sonntag nach Dreiein., 14. Okt. B. L.: 36. 10 Uhr: Hauptpredigt, Stadtpf. Lang. Eingangslied Nr. 34 „Ach bleib mit deiner Gnade.“ 11 Uhr: Sonntagschule. 1 Uhr: Christenlehre (Töchter ältere Abt.) 5 Uhr im Vereinshaus: Beistunde wegen der allgemeinen Not. Stadtpf. Lang.

Donnerstag, 18. Okt.: Bibelstunde.

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag, 14. Oktober 1923, Kirchweihfest. 8 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Predigt und Hochamt. 2 Uhr: Andacht. Montag, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell. Gottesdienste der Methodistengemeinde. Sonntag, 14. Oktober. 10 Uhr: Predigt und hl. Abendmahl. Prediger Ulrich. 2 Uhr: Bezirks-Liebesfest. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde, Pföber. Stammheim. Die Gemeinde beteiligt sich in Calw. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde, Blecher.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Ev. Volksbund Calw.

Montag, 15. Oktober 1923, abends 8 Uhr im Vereinshaus,

Vortrag

von Universitätsprofessor D. Pfenningdorf aus Bonn: Die soziale Botschaft des Evangeliums und die Zukunft Deutschlands.

Sedermann ist herzlich eingeladen.


Fahrnis-Versteigerung.

Unterzeichnete verkauft am Samstag, den 13. Oktober, von nachmittags 2 Uhr an gegen Barzahlung 3 Kleiderkästen, 1 Kommode mit Aufsatz, 2 Bettlatten mit Koff und Matratzen, 6 Stühle, 1 Nähmaschine (bereits neu), 2 Nachttische, große und kleine Tische, Kücheneinrichtung, Spiegel, Bilder, 1 Regulator, Faß- und Bandgeschirr, ca. 8 Zentner Union-Briketts, ca. 3 Km. Holz, gespalten, sowie sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Regine Soulier, Stammheim.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW**



**Anfertigung
von Zeitschriften,
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.**

Stenographie-Unterricht (Stolze-Schrey) erteilt Arthur Vogt, Calw.

Komme nächster Tage nach Calw und kaufe Gegenstände aus

Gold u. Silber, alte Schmuckfachen, Münzen, alte Gebisse zu hohen Preisen.

Adressenabgabe an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter E. Wolf, Edelmetalle Pforsheim erb.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett., dir. an Private. Katal. 48 S frei. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

4 Stück 7 Wochen alte **Rottweiler-Hunde** mit Stammbaum, verkauft Karl Nyasse, Neuhengstett.

Erntemühl. Verkauf am Samstag Mittag ein starkes **Läufer Schwein.** Christian Lug.

Eine 1 1/2 Jahre alte **Sahnen-Ziege** und eine 1/2 Jahre alte **Ziege** verkauft gegen Lebensmittel Joh. Bauer, Altbürg.

Tausche starkes Läufer Schwein sowie guterhaltenen **Kinderwagen u. Sportwagen** gegen Lebensmittel. Joh. Irion Hirsau.

Sege ein erstklassiges, 13 Monate altes **Zucht-Rind** dem Verkauf aus. Otto Nonnenmann, z. „Lamm“, Althengstett.

Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Setzungsverwerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Es wird ha...
Der Reich...
das Ermä...
heute erh...

Die Notwe...
und sozial...
nahme vo...
Die such...
mit sich...
finden.

Die neue...
rung über...
politik ad...
munisten...
Belgien wi...
Verhandl...
geben. D...
sel bester...

Zu der ab...
des Reich...
mit rech...
Der Lage...
gosen dur...
haben...
zwecklos.

Aus Lond...
gierung...
Gutgläub...

Der ehemal...
Staatspri...
in Deutsc...

**Die D...
Deutsc...**

Berlin...
Ablehnung...
der Rhein...
im Letzar...
man sich...
finanzen...
mache. Di...
gabe, die...
tügen Ze...
lie das ad...
Lage, Auf...
die Ruh...
die sie de...
könnte. S...
darfs an...
gierung ge...
Reich und...
Lieferunge...
leit eines...
Erfahrung...
biet jetzt...
schwer zu...
ferungsqu...
nachdem...
seine Ruh...

B...
Paris...
„Temps“...
auf die de...
deutsch-fr...
Frage der...
Leine M...
Minister...
genommen...
net, die...
man das...
gungen be...
die Eisenb...